



Fragebogen zum 34. Halbjahresbericht der COSAC

Kontaktdaten des Parlaments/der Kammer

Bitte ergänzen Sie den Namen Ihres Parlaments/Ihrer Kammer und Ihre Kontaktdaten.

Name des Parlaments/der Kammer:

Kontaktperson:

Tel:

E-mail:

Kapitel I: Konferenz zur Zukunft Europas

Kommissionpräsidentin Ursula von der LEYEN hat in ihren politischen Leitlinien im Juli 2019 eine Konferenz zur Zukunft Europas angekündigt, die von 2020 an über zwei Jahre hinweg neue Impulse für die Stärkung und Weiterentwicklung Europas liefern und gleichzeitig eine Gelegenheit eröffnen sollte, mit den Bürgerinnen und Bürgern in der EU in einen engen Dialog zu treten. Dieser Ankündigung folgend hat die Kommission am 22. Januar 2020 eine Mitteilung über die Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas vorgelegt. Der ursprünglich für Mai 2020 vorgesehene Auftakt der Konferenz zur Zukunft Europas wurde aufgrund der COVID-19-Pandemie verschoben. Nach der Positionierung des Rates zur Zukunftskonferenz am 24. Juni 2020 müssen sich die drei Institutionen (Europäische Kommission, Rat der Europäischen Union, Europäisches Parlament) nun über das endgültige Konzept, die Struktur, Gegenstand und Zeitplan der Konferenz einigen. Diese Entscheidung wird in einer Gemeinsamen Erklärung festgelegt. Der Konferenzstart wird für Herbst 2020 erwartet. Die COSAC hat sich bereits mehrfach mit dem Projekt der Konferenz befasst und sich gegenüber den Europäischen Institutionen deutlich für eine angemessene Beteiligung der nationalen Parlamente an der Konferenz und ihren verschiedenen Gremien einschließlich der Steuerungsgruppe ausgesprochen.

Konzeption der Konferenz

- 1.1. Bereits in der Vergangenheit haben unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung zur Frage der Zukunft der Europäischen Union stattgefunden. Der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude JUNCKER, hatte die Diskussion angestoßen, der französische Staatspräsident Emmanuel MACRON griff sie auf. Auf seinen Vorschlag hin sind in

einer Vielzahl von Mitgliedstaaten bereits Bürgerdialoge oder andere Beteiligungsformen durchgeführt worden.

- a) In welcher Form wurden in Ihrem Land Veranstaltungen zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zur Frage der Zukunft der EU durchgeführt? [max. 500 Zeichen]
- b) Welche Erfahrungen hat Ihr Parlament/Ihre Kammer mit diesen Formaten gewonnen und welche Ergebnisse standen am Ende der Diskussionen? [max. 500 Zeichen]
- c) Wurden diese Ergebnisse in Ihrem Land, z. B. in Form einer gesetzgeberischen Maßnahme, einer Kommunikationsstrategie oder in anderer Weise umgesetzt? [Ja/Nein]
Wenn ja, wie wurde dies getan? [max. 500 Zeichen]

- 1.2. a) Welche weiteren Akteure sollten aus Sicht Ihres Parlaments/Ihrer Kammer neben den EU-Institutionen, den nationalen Parlamenten und den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Zukunftskonferenz beteiligt werden? (Mehrfachnennungen möglich)
 - COSAC
 - regionale Parlamente
 - andere Einrichtungen der EU (z. B. der Ausschuss der Regionen oder der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss)
 - Vertreterinnen/Vertreter der Zivilgesellschaft (z. B. NROs, Kulturschaffende, Vereine)
 - Vertreterinnen/Vertreter der Wissenschaft
 - Sonstige (bitte spezifizieren)
- b) Sollte es aus Sicht Ihres Parlaments/Ihrer Kammer dezentrale Veranstaltungen oder Aktivitäten in den Mitgliedstaaten/Regionen der Mitgliedstaaten im Kontext der Zukunftskonferenz geben? [Ja/Nein]
Wenn ja, in welchem Umfang sollten die Ergebnisse in die Konferenz einfließen? [max. 500 Zeichen]
- c) Welche Formate bieten sich aus Sicht Ihres Parlaments/Ihrer Kammer für Veranstaltungen in den Mitgliedstaaten an (z. B. Town Hall Meetings, Videokonferenzen, Online-Fragebögen, moderierte Diskussionsrunden unter Beteiligung politischer Mandatsträger)?

Agenda-Setting

Die Konferenz wird infolge der Corona-Pandemie neu justiert werden. Unter dem Eindruck der Auswirkungen der Krise müssen auch die Inhalte der Konferenz neu bestimmt und priorisiert werden.

- 1.3. Welche Themen sollten aus Sicht Ihres Parlamentes/Ihrer Kammer in der Konferenz behandelt werden? Bitte nennen Sie drei Ihnen wichtige Themenbereiche. [max. 500 Zeichen]

-
- 1.4. Die EU-Institutionen äußern in ihren jeweiligen Positionen zur Zukunftskonferenz bereits Vorstellungen zu konkreten Themen, die die Konferenz aufgreifen sollte. Derzeit verhandeln die EU-Institutionen über eine interinstitutionelle Vereinbarung, die u. a. den thematischen Rahmen der Konferenz festlegen soll. Sollte die Konferenz aus Sicht Ihres Parlamentes/Ihrer Kammer darüber hinaus in der Lage sein, etwa durch Beschluss des Steuerungsgremiums oder des Plenums, weitere Themen auf die Agenda zu setzen? [Ja/Nein]
- 1.5. a) Sollte sich die Konferenz aus Sicht Ihres Parlamentes/Ihrer Kammer auch mit institutionellen Fragen befassen? [Ja/Nein]
Wenn ja, mit welchen? [max. 500 Zeichen]
- b) Sollen dabei die bestehenden Verträge die Grenze bilden und damit eine Vertragsänderung ausgeschlossen sein? [Ja/Nein]
Falls Vertragsänderungen befürwortet werden, in welchen Bereichen sieht Ihr Parlament/Ihre Kammer einen besonderen Handlungs- oder Änderungsbedarf? [max. 500 Zeichen]
- 1.6. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind Grundpfeiler der Europäischen Union. Sie bedingen sich wechselseitig und jede Verletzung dieser Grundwerte hat auch Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger. Im Kontext der Zukunftskonferenz wurde wiederholt die Achtung der Werte der Union betont. Parallel zum Prozess der Reflexion über die Zukunft der EU ist deshalb der Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit essentielle Voraussetzung für das Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten und die Akzeptanz der europäischen Integration durch die Bürgerinnen und Bürger. Im Herbst 2020 wird die Kommission erstmals Berichte über die Situation der Rechtsstaatlichkeit in den einzelnen Mitgliedstaaten vorlegen.
- a) In welcher Weise beabsichtigt Ihr Parlament/Ihre Kammer, die Berichte zu behandeln? Durch (Mehrfachnennungen möglich):
- öffentliche Anhörungen;
 - Expertengespräche;
 - Monitoringverfahren;
 - Stellungnahmeverfahren;
 - Ausschussdebatten;
 - Plenardebatten;
 - Sonstige, bitte führen Sie aus [max. 500 Zeichen]:
- b) Hält Ihr Parlament/Kammer einen Austausch der nationalen Parlamente über die Berichte für wünschenswert? [Ja/Nein]
- c.) Welche weiteren Aspekte möchte Ihr Parlament/Ihre Kammer in diesem Kontext anderen Parlamenten/Kammern mitteilen?
- 1.7 Wenn Sie weitere Aspekte zur Zukunftskonferenz teilen möchten, führen Sie bitte hier Näheres aus. [max. 500 Zeichen]

Kapitel II: Lehren aus der Corona-Krise

Die COVID-19-Pandemie stellt die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten vor enorme Herausforderungen. Die Folgewirkungen der Pandemie und der daraus erwachsenen Wirtschaftskrise werden die thematische Schwerpunktsetzung und den Diskurs auf europäischer Ebene noch lange beeinflussen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben seit dem Ausbruch der Pandemie zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um der weiteren Ausbreitung des Virus entgegenzuwirken, die Resilienz zu erhöhen sowie die volkswirtschaftlichen und sozialen Folgen abzufedern. Wichtig wird es sein, aus den Erfahrungen der vergangenen Monate zu lernen und die EU für vergleichbare künftige Krisenfälle besser zu wappnen.

Gesundheit

Das bei der Europäischen Kommission angesiedelte, beratende und koordinierende *Health Security Committee* hat zu Beginn der Corona-Krise Vertreter der Gesundheitsministerien aller Mitgliedstaaten zu Gesprächen eingeladen. Ein zentral koordiniertes Vorgehen ist jedoch nicht gelungen, denn die Gesundheitspolitik liegt primär in nationaler Zuständigkeit. Insofern stellt sich die Frage, wie die Koordination auf europäischer Ebene – gegebenenfalls einhergehend mit einer Kompetenzübertragung an die EU – verbessert werden könnte.

- 2.1. Sollte aus Sicht Ihres Parlaments/Ihrer Kammer das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) weitergehende Befugnisse erhalten – vergleichbar der Entwicklung bei FRONTEX? [Ja/Nein/Keine Meinung]
- 2.2. Wie kann die Abhängigkeit der EU von Drittstaaten bei der Beschaffung von Schutzausrüstung, Arzneimitteln und Arzneimittelgrundstoffen reduziert werden? (Mehrfachnennung möglich)
 - Rückverlagerung von Produktionsprozessen in die EU
 - Auf europäischer Ebene koordinierte Bevorratung
 - Auf nationaler Ebene koordinierte Bevorratung
 - Sonstiges:
- 2.3. In ersten Reaktionen auf den Ausbruch der Corona-Pandemie ist es zu Grenzschließungen und unkoordinierten nationalen Maßnahmen gekommen. Wie könnte aus Sicht Ihres Parlaments/Ihrer Kammer ein koordiniertes Vorgehen aussehen, um effektiver die Ausbreitung einer pandemischen Situation einzudämmen. [max. 500 Zeichen]

Forschung & Innovation

Für die dauerhafte Eindämmung des neuartigen Virus SARS-CoV-2 spielen Forschung und Innovation eine Schlüsselrolle. Um die rasche Entwicklung eines Impfstoffs und wirksamer Arzneimittel gegen COVID-19 zu begünstigen, hat die Kommission zahlreiche koordinierende und übergreifende Maßnahmen ergriffen oder vorgeschlagen. Umfasst sind neben finanziellen und rechtlichen

Maßnahmen auch solche, die die Vernetzung der Mitgliedstaaten untereinander und den Austausch von Daten fördern.

2.4. Der Kommissionsvorschlag zu „Next Generation EU“ sah für das Forschungsprogramm Horizont Europa zusätzliche Mittel vor. Hält Ihr Parlament/Ihre Kammer die finanzielle Ausstattung des Programms, die der Europäische Rat am 21. Juli 2020 vorgeschlagen hat, für ausreichend? [Ja/Nein/Keine Meinung]

2.5. a) Zur Beschleunigung der Herstellung eines Impfstoffes gegen COVID-19 hat die Kommission am 17. Juni 2020 ihre Impfstoffstrategie (KOM(2020)245 endg.) vorgelegt. Diese sieht neben Abnahmegarantien für Hersteller vor, das Zulassungsverfahren für Impfstoffe durch Nutzung bestehender Flexibilität und vereinzelte Abweichungen vom EU-Rechtsrahmen zu beschleunigen. Hat sich Ihr Parlament/Ihre Kammer bereits mit dieser Strategie befasst? [Ja/Nein]

Wenn ja, mit welchem Ergebnis? [max. 500 Zeichen]

b) Halten Sie Anpassungen des Rechtsrahmens für künftige Krisenszenarien, die auf dem Ausbruch einer Infektionskrankheit oder vergleichbarer schwerwiegender Krisensituationen beruhen, für sinnvoll? [Ja/Nein]

Falls ja, welche konkreten Vorstellungen gibt es dazu in Ihrem Parlament/Ihrer Kammer? [max. 500 Zeichen]

2.6. Gibt es in Ihrem Parlament/Ihrer Kammer Überlegungen dazu, wie sich die Mitgliedstaaten im Bereich Forschung und Innovation effektiver vernetzen und im Gesundheitsbereich einen besseren Datenaustausch gewährleisten können (z. B. über gemeinsame Datenbanken wie die Europäische COVID-19-Datenplattform oder die Europäische Cloud für offene Wissenschaft)? [Ja/Nein]

Wenn ja, führen Sie bitte näher aus [max. 500 Zeichen]:

Re-Dynamisierung der Wirtschaft

Die COVID-19-Pandemie hat zu einem massiven Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten in den Mitgliedstaaten geführt, worauf diese in unterschiedlicher Weise mit Maßnahmen reagiert haben. Auf europäischer Ebene wurden Hilfspakete beschlossen, die sowohl die wirtschaftliche Erholung unterstützen als auch den Strukturwandel hin zu mehr Klimaschutz und Digitalisierung beschleunigen sollen. Die EU-Hilfen beziehen sich auf die öffentlichen Haushalte, die Unternehmen und die Beschäftigten in den Mitgliedstaaten. Ziel der Maßnahmen sollte sein, solidarisch die Krise zu überwinden, Resilienz aufzubauen und die EU für die Zukunft aufzustellen und ihre Rolle in einer sich rasant verändernden Welt zu definieren. Die EU-Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung ergänzt die nationalen Anstrengungen.

2.7. Zahlreiche Mitgliedstaaten haben Konjunkturpakete beschlossen.

Soweit dies der Fall ist, welche Bereiche waren adressiert (z. B. Liquiditätshilfen, KMU, Beschäftigung), lag der Schwerpunkt auf einer Ausgabensteigerung oder auf einer steuerlichen Entlastung und war die Förderung/Entlastung genereller Natur oder auf Sektoren, Branchen oder Projekte bezogen? (Wenn Ja, welche Sektoren/Branchen?) [max. 500 Zeichen]

- 2.8. Welche anderen wirtschafts- oder sozialpolitischen Maßnahmen zur Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie haben sich aus Sicht Ihres Parlamentes/Ihrer Kammer besonders bewährt? [max. 500 Zeichen]
- 2.9. Welche unterstützenden europäischen Maßnahmen (z. B. SURE – KOM(2020)139 endg.) zu den ergriffenen nationalen Maßnahmen erachten Sie als besonders effektiv?
- 2.10. a) Welche Prioritäten und Schwerpunkte sollten nach Auffassung Ihres Parlamentes/Ihrer Kammer bei der Ausgestaltung des Maßnahmenpaketes auf europäischer Ebene zur Bewältigung der ökonomischen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie gesetzt werden? [max. 500 Zeichen]
- b) Inwieweit sollte nach Auffassung Ihres Parlamentes/Ihrer Kammer – neben der Digitalisierung (s. unten eigenständiger Fragenkomplex) – die Berücksichtigung der Aspekte des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit Eingang in die Ausgestaltung des Maßnahmenpaketes finden?
- 2.11. Hält Ihr Parlament/Ihre Kammer eine Kopplung der Vergabe von EU-Mitteln an die Einhaltung von CO₂-Grenzwerten für zielführend? [Ja/Nein/Keine Meinung]
- 2.12. a) Sollte die EU zusätzlich zur Abgabe für nicht recycelte Verpackungsabfälle neue Eigenmittel einführen? [Ja/Nein]
- b) Falls ja, welche (Mehrfachnennungen möglich):
- Einen nationalen Beitrag auf der Grundlage der gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage
 - Einnahmen aus dem EU-Emissionshandelssystem
 - Digitalsteuer
 - Grenzausgleich für entstandene CO₂-Kosten
 - Sonstige
- 2.13. Die Unionsbürger erwarten, dass die aus dem Haushalt der EU und dem Aufbauinstrument den Mitgliedstaaten zu Gute kommenden Mittel nach rechtstaatlichen Prinzipien verwaltet werden.

-
- a) Wie bewertet Ihr Parlament/Ihre Kammer die Idee, EU-Mittel, z. B. aus den Kohäsionsfonds, in substanziellem Maße einzubehalten, wenn eindeutige Gefahren einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit vorliegen, die die finanziellen Interessen der EU gefährden? [max. 500 Zeichen]
- b) Was ist aus Sicht Ihres Parlamentes/Ihrer Kammer das geeignete Verfahren, um den Mechanismus zur Feststellung der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit, die die finanziellen Interessen der EU gefährdet, zu aktivieren?
- Einstimmigkeit im Rat
 - Qualifizierte Mehrheitsentscheidung des Rates
 - Umgekehrte qualifizierte Mehrheit (Der Mechanismus wird, z. B. auf Vorschlag der Kommission, aktiviert, es sei denn der Rat spricht sich mit qualifizierter Mehrheit dagegen aus.)
 - Sonstiges (bitte spezifizieren)

Digitale Zukunft Europas und sichere Kommunikation

Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie waren häufig mit Einschränkungen der Bewegungsfreiheit verbunden. Digitale Technologien haben für die Wirtschaft, den Staat und die Bürgerinnen und Bürger an Bedeutung gewonnen. Zugleich wurden Schwachstellen, z. B. bei der Infrastruktur und Ausstattung, sichtbar.

- 2.14. Die Kommission hat mit ihrem Weißbuch zur künstlichen Intelligenz für ein europäisches Konzept für Exzellenz und Vertrauen (KOM(2020) 65 endg.), ihrer Mitteilung zur europäischen Datenstrategie (KOM(2020) 66 endg.), ihrer Mitteilungen zur Gestaltung der Digitalen Zukunft (KOM(2020) 67 endg.), der Mitteilung zur KMU-Strategie für ein nachhaltiges und digitales Europa (KOM(2020) 103 endg.) und dem öffentlichen Konsultationsverfahren zum Digital Services Act ihre Visionen für die Gestaltung einer digitalen Zukunft Europas vorgelegt. Welche Potentiale oder Anwendungsbereiche sieht Ihr Parlament/Ihre Kammer vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie in diesem Bereich? Bitte nennen Sie bis zu drei Aspekte. [max. 500 Zeichen]
- 2.15. Die COVID-19-Pandemie hat einige Entwicklungen beschleunigt, z. B. im Bereich der Online-Wirtschaft. Sieht Ihr Parlament/Ihre Kammer in der Schaffung eines digitalen Binnenmarktes durch die Harmonisierung der Vorschriften für Technologie- und Onlineunternehmen eine Chance für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung durch Generierung von Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen? [Ja/Nein]
- 2.16. Kommunikation und Informationsaustausch über digitale Medien sind auch ein Thema der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Wie bewertet Ihr Parlament/Ihre Kammer die Nutzung und das Potential etwa von Videokonferenzsystemen für den interparlamentarischen Austausch, z. B. in Form von ad hoc-Formaten? [max. 500 Zeichen]

2.17. Die Konferenz der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten ist mit einer Überarbeitung der Richtlinien für interparlamentarische Zusammenarbeit befasst. In diesem Kontext hat eine Arbeitsgruppe im November 2019 konstatiert, dass es alltagstaugliche Mittel für die Kommunikation per Videotelefonie gebe, die den Parlamenten zur Verfügung stünden. Aktuell wird erneut die Entwicklung eines einheitlichen europäischen Konferenztools für eine datenschutzkonforme Kommunikation der Institutionen und Parlamente per Videotelefonie (inklusive Verdolmetschung) angeregt. Befürworten Sie die Entwicklung eines solchen Konferenztools, um die digitale Souveränität der EU zu stärken? [Ja/Nein/Keine Meinung]

Falls ja, haben Sie konkrete Vorschläge für die Umsetzung und Finanzierung? [max. 500 Zeichen]

Pinnwand

2.18. a) Mit Blick auf die COVID-19-Pandemie, welche Maßnahmen haben sich aus Sicht Ihres Parlaments/Ihrer Kammer auf europäischer und nationaler Ebene bewährt? Bitte nennen Sie bis zu drei Aspekte.

b) Mit Blick auf die Corona-Pandemie, welche Maßnahmen sollten künftig aus Sicht Ihres Parlaments/Ihrer Kammer auf europäischer und nationaler Ebene vermieden werden? Bitte nennen Sie bis zu drei Aspekte.